

Sozialismus.de

Heft 11-2022 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Dierk Hirschel: Harte Tarifrunde im Öffentlichen Dienst
Debatte: Projekt »IG Metall vom Betrieb aus denken«

Beiträge u.a. von

Christine Morgenstern, Peter Wahl, Florian Weis, Friedrich Steinfeld, Hinrich Kuhls, Klaus Bullan, Bernhard Sander, Bernhard Müller, Björn Radke



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Das Kanzler-Machtwort

Nach wochenlangem Streit hat Olaf Scholz (SPD) den Weiterbetrieb von drei Atomkraftwerken bis April 2023 angeordnet. Die Grünen hatten auf ihrem Parteitag gefordert, nur zwei Meiler am Netz zu lassen, die FDP beharrte dagegen auf den Weiterbetrieb auch des AKW Emsland. [...]

Anschläge mit Ansage?

Die Gasbindungen aus Russland sind nach ihrer politischen Stilllegung nun durch Anschläge auf die Erdgasleitungen Nord Stream 1 und 2 auch physisch gekappt. Wer die Anschläge bei Bornholm in der dänischen und schwedischen Wirtschaftszone, aber außerhalb der Hoheitsgewässer, verübt hat, bei denen große Löcher in die Pipelines gesprengt wurden, ist bisher unbekannt. [...]

Ökologischer Hyperrealismus

Im Mittelpunkt des Parteitags der Grünen stand das Selbstverständnis der Friedenspartei in Kriegszeiten und der Öko-Partei in Zeiten von Wirtschafts- und Energiekrise. Der dreitägige Bundesparteitag mit rund 800 Delegierten war das erste Vor-Ort-Treffen der Grünen seit Beginn der Corona-Pandemie. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Frauen-Proteste

Friedrich Steinfeld: Götterdämmerung für die Mullahs?
Zuspitzung der inneren Konflikte im Iran 2

Europäisches Durcheinander

Peter Wahl: Von der Kunst, sich selbst ins Knie zu schießen
Das Brüsseler Management der Energiekrise und sein geopolitischer Kontext 7

Hinrich Kuhls: Chaostage der Tory-Regierung
Zur Staatskrise im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland 11

Bernhard Sander: Streiks als Strategie in der Umweltkrise?
Der »heiße Herbst« in Frankreich 16

Dauerkrisen

Björn Radke: COP 27 – Klimaziele neu ausrichten 21

Joachim Bischoff: Die Zeichen stehen auf Rezession
Talfahrt der Globalökonomie 25

Herausforderungen für die Berliner Republik

Christine Morgenstern: Was ist zu tun?
Frauenpolitik für eine gerechte Gesellschaft 31

Bernhard Müller: Stresstest für die »Mitte«?
Preisexplosionen, Energiekrise, Vertrauensverluste 35

Klaus Bullan: »Das deutsche Bildungssystem braucht ein Update«
Ergebnisse der OECD-Studie: Bildung auf einen Blick 2022 41

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Nicht Getriebene, sondern Treiber
Das Organisationsentwicklungsprojekt »IG Metall vom Betrieb aus denken« . . 45

Vorbereitungskreis der Konferenz »Offensive Gewerkschaftliche Politik« (OGP)
Die IG Metall für die Zukunft aufstellen 46

Dierk Hirschel: Zusammen geht mehr!
Zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen) 48

Otto König/Richard Detje: »Willst du den Kampf gewinnen,
steige nie auf ein totes Pferd« – Tarifrunden mit viel Zündstoff 51

Stephan Krull: Beschäftigungsperspektiven durch Konversion?
Klimakatastrophe und Industriearbeit 54

Historische Wegmarken

Mario Keßler: Erinnerung an Menschheitsverbrechen –
geteilt und doch gemeinsam 57

Florian Weis: Eigensinniger Marxist, weltberühmter Historiker
Zum 10. Todestag von Eric Hobsbawm 61

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum 9

Tipps zum Hingehen oder Online 64

Klaus Schneider: Triangle of Sadness (Filmkritik) 65

Zusammen geht mehr!

Zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen)

von ■ Dierk Hirschel



Foto: ver.di

Ein Paukenschlag! Erzieher*innen, Müllwerker, Busfahrer*innen und Feuerwehrleute fordern 10,5% mehr Gehalt – mindestens aber 500 Euro. Die Tarifrunde des öffentlichen Dienstes – Bund

Forum Gewerkschaften

und Kommunen – ist die zweitgrößte Tarifbewegung

der Republik. Ab Januar 2023 verhandelt ver.di für 2,5 Millionen Beschäftigte. Der Abschluss hat Signalwirkung für nachfolgende Tarifverhandlungen.

Vor fast 50 Jahre nahm die Gewerkschaft ÖTV letztmals einen ganz großen Schluck aus der Pulle. Damals forderte

ÖTV-Chef Heinz Kluncker 15% mehr Lohn, eine Mindesthöhung um 185 D-Mark und ein Urlaubsgeld von 300 D-Mark. Nach einem harten Arbeitskampf erstritt die ÖTV ein historisches Plus von elf Prozent. Die 1970er-Jahre waren Krisenzeiten. Im Herbst 1973 drehten Algerien, Irak, Libyen, Saudi-Arabien & Co den Ölhahn zu – in Reaktion auf die Unterstützung Israels durch den Westen im Jom-Kippur-Krieg. Der Preis für das schwarze Gold kletterte in wenigen Wochen um über 70%. Der explodierende Ölpreis trieb die Inflation auf 7%. Die Ölkrise erwischte die fossile deutsche Industrie mit voller Wucht. Im

ersten Quartal 1974 wuchs die deutsche Wirtschaft nur noch um 1,5%. Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich in wenigen Monaten auf 620.000.

Aktuelle Wirtschaftslage

Auch heute wird das Einkaufen, Tanken und Wohnen immer teurer. Der russische Angriffskrieg, die EU-Sanktionen, Lieferkettenengpässe und marktmächtige Konzerne treiben die Preise. Die Inflation wird 2022 voraussichtlich bei 8% liegen. Das ist die stärkste Teuerung seit 40 Jahren. Und auch nächstes Jahr bleibt der Preis heiß. Die Inflation wird

2023 mit großer Wahrscheinlichkeit auf hohem Niveau von 6–8% verharren. Durch eine Gas- und Strompreisbremse könnte sie etwas abgemildert werden. Erst 2024 dürfte sich der starke Preisschub wieder abschwächen. Nach aktuellen Schätzungen steigen die Preise dann um nur noch 3%.

Die hohen Preise belasten die wirtschaftliche Entwicklung. Teures Öl und Gas schwächen die Kaufkraft der privaten Haushalte und erhöhen die Energiekosten der Unternehmen. Die Einfuhr von Öl, Gas und Kohle aus dem Ausland kostet die deutsche Volkswirtschaft inzwischen rund 280 Mrd. Euro im Jahr. Im Herbst 2022 sind dunkle Wolken am Konjunkturmilieu aufgebrochen. Die heimische Wirtschaftsleistung wird in den nächsten Monaten schrumpfen. Dieses Jahr wird die Wirtschaft zwar noch um über 1% wachsen. Nächstes Jahr steht der Republik jedoch eine konsumgetriebene Rezession bevor. Die professionellen Auguren gehen davon aus, dass die heimische Wirtschaftsleistung 2023 zwischen 0,1% und 1,75% zurückgehen wird.

Wie stark der Wachstumsmotor tatsächlich gedrosselt wird, ist aber auch abhängig von der nationalen Finanz- und Wirtschaftspolitik, der EZB-Geldpolitik und der Lohnentwicklung. Ein gutes politisches Krisenmanagement und steigende Reallöhne können der Konjunktur schnell wieder Beine machen. Positiv ist zudem, dass der Arbeitsmarkt noch immer sehr robust ist. Trotz Inflation und Energiekrise sinkt die Arbeitslosigkeit. In vielen Branchen gibt es sogar akuten Arbeitskräftemangel. Wenn im Winter allerdings Industriebetriebe nicht mehr ausreichend Gas bekommen, dann droht der Wachstumsmotor abgewürgt zu werden. In einer solchen Gasmangellage könnte die Wirtschaftsleistung um bis zu 8% abstürzen.

Öffentliche Finanzen

Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sind immer abhängig von der Entwicklung der öffentlichen Finanzen. Kann ein Staat, der seit zwei Jahrzehnten immer wieder notoperieren muss, überhaupt noch etwas verteilen? Die Antwort vorweg: Ja – er kann! Vor

der Pandemie verbuchten Bund, Länder und Gemeinden Rekordüberschüsse. In der Corona-Krise verursachten die steigenden Staatsausgaben ein Minus in Höhe von 150 (2020) bzw. 130 Mrd. Euro (2021). Lediglich die Kommunen konnten aufgrund umfangreicher Unterstützungszahlungen des Bundes und der Länder schwarze Zahlen schreiben. Trotz schlechter Konjunkturaussichten wird sich das öffentliche Defizit im laufenden Jahr voraussichtlich halbieren. Die meisten Wirtschaftsexpert*innen gehen auch für 2023 davon aus, dass die Verluste weiter schrumpfen. Noch sprudeln die Steuerquellen. Der Staat ist schließlich ein Inflationsgewinner. Auf höhere Preise entfallen höhere Steuern. Die Steuerschätzer*innen prognostizieren für die nächsten Jahre höhere staatliche Einnahmen von jeweils 40 Milliarden Euro.

Die Personalausgaben spielen für die einzelnen Gebietskörperschaften eine unterschiedliche Rolle. Der Personalkostenanteil des Bundes beträgt nur 7%. Ein hoher Tarifabschluss fällt hier kaum ins Gewicht. Das Innenministerium beziffert die ver.di-Forderung für den Bund auf 4,7 Mrd. Euro im Jahr. Die Kommunen geben hingegen jeden vierten Euro für Personal aus. Nach Berechnungen der kommunalen Arbeitgeberverbände kostet die ver.di-Forderung die Städte und Gemeinden jährlich zusätzlich 15,4 Mrd. Euro. Bürgermeister*innen und Kämmerer behaupten, dass diese Mehrkosten für sie nicht leistbar sind. Sie wollen eine Tarifpolitik nach Kassenlage. Die dunklen Wolken am Konjunkturmilieu, zusätzliche Ausgaben – Ukraineflüchtlinge, Pandemie, Investitionen etc. – und die Schuldenbremse rauben ihnen angeblich jeglichen finanziellen Spielraum. Aus Sicht der Kassenwarte kann man einem Nackten nicht in die Tasche greifen.

Der Verteilungsspielraum des Staates ist aber immer politisch gestaltbar. Eine Aussetzung der Schuldenbremse für 2023 würde Bund, Länder und Kommunen mehr finanziellen Gestaltungsspielraum geben. Die aktuelle Energiekrise ist eine Notlage, die dies verfassungsrechtlich ermöglicht. Lediglich Finanzminister Christian Lindner ver-

hindert das. Höhere Löhne für Kindergärtner*innen, Busfahrer*innen und Müllmänner können aber auch ohne neue Schulden bezahlt werden. Dafür müssten hohe Einkommen und Vermögen stärker besteuert werden. Eine solch umverteilende Steuerpolitik ist in Anbetracht der ungleich verteilten Krisenlasten überfällig.

Tarifpolitik in Krisenzeiten

Das beste Rezept gegen steigende Lebenshaltungskosten sind starke Lohn- und Gehaltszuwächse. Die Tariflohnforderung von 10,5% ist die richtige Antwort auf die aktuelle Teuerung. Zwar können die Gewerkschaften die sozialen Folgen der Inflation nicht allein abfedern. Hier ist auch Politik gefragt. Deswegen haben sich die Gewerkschaften erfolgreich für einen politischen Inflationsschutz eingesetzt. Die drei Entlastungspakete sowie zukünftige Gas- und Strompreisbremsen können jedoch eine dauerhafte Erhöhung der Einkommen nicht ersetzen.

In den anstehenden Tarifrunden konzentrieren sich ver.di und viele Schwestergewerkschaften auf tabellenwirksame Lohnzuwächse. Denn tarifliche Einmalzahlungen sind kein echter Ausgleich. Sie erhöhen das Lohnniveau nur kurzfristig. Wenn die Sonderzahlung wegfällt, purzeln die Preise aber nicht. In der nächsten Tarifrunde müssen die Gewerkschaften dann auf das niedrigere Lohnniveau vor Einmalzahlung aufsetzen. Die Belastungen durch höhere Preise sind dauerhaft. Sie können nur durch dauerhaft höhere Einkommen ausgeglichen werden. Darüber hinaus entstehen durch die Steuer- und Abgabefreiheit hohe Einnahmeverluste für Bund, Länder, Kommunen und Sozialkassen. Insofern ist die steuer- und abgabenfreie Sonderzahlung von 3.000 Euro – aus dem dritten Entlastungspa-

Dierk Hirschel ist ver.di-Gewerkschaftssekretär, Vorstandsmitglied DL 21, Mitglied in der SPD-Grundwertekommission und im wirtschaftspolitischen Beirat des SPD-Parteivorstandes.

ket der Bundesregierung – keine wirkliche Alternative zu tabellenwirksamen Lohnzuwächsen.

Aus ökonomischer Sicht spricht heute nichts gegen hohe nominale Lohnzuwächse, um die Reallöhne zu sichern. In der aktuellen konjunkturellen Schwächephase würden höhere Löhne und Gehälter die inländische Nachfrage stabilisieren. In Westeuropa zielt die gewerkschaftliche Tarifpolitik traditionell darauf ab, den sogenannten verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen. Letzterer setzt sich aus der jährlichen Entwicklung der Verbraucher*innenpreise plus dem jährlichen Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität zusammen. Wenn die Löhne in Höhe des verteilungsneutralen Spielraums steigen, ändert sich an der Verteilung des Volkseinkommens auf Arbeit und Kapital nichts. Die Lohnquote – der Anteil der Löhne am Volkseinkommen – bleibt folglich konstant. Gleichzeitig sorgt eine solche produktivitätsorientierte Lohnpolitik – die Reallöhne folgen der Produktivität – dafür, dass dem wachsenden produzierten Warenangebot eine entsprechende Zunahme der effektiven Nachfrage gegenübersteht. Dieses keynesianisch geprägte lohnpolitische Konzept soll Beschäftigung und Geldwertstabilität sichern.

Aktuell wird der verteilungsneutrale Spielraum für 2023 aufgrund einer sehr schwachen Produktivitätsentwicklung (Prognose 2023: –0,5 bis –0,2%) maßgeblich durch die Inflationsrate bestimmt. Zur Wahrheit gehört aber auch: Die importierte Inflation lässt den verteilungsneutralen Spielraum wieder schrumpfen. Schließlich fließt ein Großteil der Gewinne aus dem Gas- und Ölgeschäft ins Ausland. Für die heimischen Unternehmen bleiben häufig nur höhere Energiekosten. Die Energieimportrechnung der deutschen Volkswirtschaft hat sich in der Energiekrise mehr als verfünffacht. Unabhängig davon haben die Beschäftigten bei Bund und Kommunen großen Nachholbedarf. Ihre Einkommen sind seit der Jahrtausendwende um 59% gestiegen. Über alle

Branchen hinweg betrug das Plus 63%, in der Metallindustrie sogar 70%.

Klar ist aber auch: Kräftig steigende Löhne werden hierzulande keine Lohn-Preis-Spirale auslösen. Letztes Jahr stiegen die Tariflöhne nur um 1,7%. Folglich mussten die Beschäftigten – bei 3,1% Inflation – einen sehr starken Reallohnverlust hinnehmen. In einigen Branchen konnten die Gewerkschaften die sinkende Kaufkraft lediglich durch steuer- und abgabenfreie Corona-Prämien lindern. Für das laufende Jahr wird ein republikweiter Tariflohnzuwachs von 3% erwartet. Dies bedeutet einen weiteren Reallohnverlust von 5%. Von Lohn- und Preisdruck ist also weit und breit keine Spur. Zudem gibt es keinen Automatismus zwischen steigenden Preisen und Löhnen. Für die Preise sind immer die Unternehmer verantwortlich. Wenn Löhne und Arbeitskosten steigen, erhöhen einige Firmen ihre Preise – vorausgesetzt der Wettbewerb lässt das zu –, um zu verhindern, dass ihre Gewinnmarge schrumpft. Sie könnten aber auch mit niedrigeren Gewinnen wirtschaften.

Gute ökonomische Argumente entscheiden aber keine Tarifrunden. Maßgebend für den Ausgang von Tarifverhandlungen sind vielmehr Machtfragen. Die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften hängt sehr stark vom Organisationsgrad, ihrer Mobilisierungsfähigkeit, der allgemeinen Arbeitsmarktlage und der gesellschaftlichen Stimmungslage ab. Zweifelsohne war die gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht in der Klunker-Runde 1973/74 stärker als heute. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad war höher und die Arbeitslosigkeit war, trotz des kurzfristigen starken Anstiegs, geringer. Die Macht der Zahl ist aber nicht alles.

Tarifauseinandersetzungen haben immer eine Eigendynamik. Eine beteiligungsorientierte Tarifpolitik fördert die Mobilisierung. Ver.di hat in der aktuellen ÖD-Tarifrunde zunächst die eigenen Mitglieder gefragt, was gefordert werden soll. Weit über 130.000 Kolleg*innen haben sich an einer Umfrage beteiligt. Das war die größte tarifpolitische Beschäftigtenbefragung im öffentlichen Dienst. Diese starke Mitgliederbeteiligung spiegelt sich auch im

Forderungskatalog wider. So spielte der Mindestbetrag von 500 Euro in der Forderungsdiskussion eine zentrale Rolle. Dieser Baustein einer solidarischen Lohnpolitik – untere Lohngruppen würden um rund 25% angehoben – macht die Tarifaueinandersetzung nicht leichter, da solche Mindestbeträge immer auf den schärfsten Widerstand der öffentlichen Arbeitgeber treffen. Ihre Durchsetzung ist auf reinem Verhandlungsweg ausgesprochen schwierig. Wenn aber die organisierten Beschäftigten voll und ganz hinter ihren Forderungen stehen, dann steigt auch ihre Konfliktbereitschaft. In der Energiekrise geht es für die Beschäftigten um sehr viel. Die Empörung über die explodierenden Energie- und Lebenshaltungskosten ist groß.

Hinzu kommt, dass die Konfliktbereitschaft der Ampelregierung sich in Grenzen halten dürfte. In der Energiekrise haben Scholz, Habeck & Co Besseres zu tun, als einen harten Arbeitskampf im öffentlichen Dienst zu riskieren. Zumal in der Metall- und Elektroindustrie zeitgleich ein weiterer Arbeitskampf droht. Für den sozialen Frieden im Land könnte der Finanzminister dann auch ein paar Milliarden mehr ausgeben als ursprünglich geplant. Ob die Amts- und Mandatsträger der Städte und Gemeinden das genauso sehen, wird sich schon bald zeigen.

Eine schnelle Aussetzung der Schuldenbremse und/oder eine umverteilende Steuerpolitik würde die Verhandlungen natürlich deutlich erleichtern. Allein die Einführung einer Vermögenssteuer könnte die zusätzlichen Personalkosten vollständig refinanzieren. Darauf können die Gewerkschaften aber nicht spekulieren. Sie müssen sich vielmehr auf ihre eigene Stärke verlassen. Allen ist jetzt bewusst, dass ein guter Abschluss in Krisenzeiten außergewöhnliche Anstrengungen erfordert. Zusammen geht mehr!

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

